

Sozialstaat - ein reiner Kostenfaktor : die Hilfswerke sind gefordert

Autor(en): **Knöpfel, Carlo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **109 (2015)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-632219>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sozialstaat – ein reiner Kostenfaktor

Die Hilfswerke sind gefordert

Mitte der neunziger Jahre warnte der bekannte deutsche Soziologe Ralf Dahrendorf vor einem autoritären 21. Jahrhundert. Hintergrund seiner Aussage war sein Konzept «guten Regierens»: Ein Land wird gut regiert, wenn es der Politik gelingt, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu fördern, den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten und eine freie Gesellschaft zu bewahren.

Unter dem Druck der wirtschaftlichen Globalisierung und des sich verschärfenden Standortwettbewerbs werden sich die Regierungen zunehmend gezwungen sehen, so die Befürchtung von Dahrendorf, dem ersten Ziel der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft höchste Priorität einzuräumen, und dies auf Kosten des zweiten Ziels, dem sozialen Zusammenhalt. In dieser Perspektive schrumpft der Sozialstaat zu einem reinen Kostenfaktor. Eine solche Politik, so die Schlussfolgerung von Dahrendorf, kann nur mit harter Hand und unter wachsender Begrenzung der freien Gesellschaft durchgesetzt werden.

Und wo stehen wir heute?

Gibt es Anzeichen in der Schweiz, dass sich die im Vorspann erwähnte Vorhersage von Ralf Dahrendorf bewahrheiten könnte? Wer die «Sonntagsreden» von Bundesrätinnen und Bundesräten über einen längeren Zeitraum analysiert, dem fällt auf, dass der Hinweis auf die soziale und politische Stabilität als Erfolgsfaktor der Schweiz immer seltener genannt wird. Vielmehr wird von den ausufernden Kosten der sozialen Sicherheit angesichts des demografischen Wandels gewarnt. Das «avenir spezial» vom August 2014 zu Singapur, publiziert vom neoliberalen Think Tank der Wirtschaft «avenir suisse», will zu einem mutigen (!) Nachdenken über die Schweiz anregen. Schliesslich kann auch gefragt werden, was die Bologna-Reform im Bildungswesen, die Rettung der UBS in der Finanzkrise, die Energiewende nach Fukushima und die Fixierung des Franken-Wechselkurses gegenüber dem Euro sowie die spätere Aufgabe dieser Fixierung gemeinsam haben: Alle diese Entscheide wurden ohne direktdemokratische Legitimation gefällt.

Verlust an sozialem Zusammenhalt

Werfen wir einen genaueren Blick auf die Sozialpolitik der Schweiz, so wird rasch erkennbar, dass der von Dahrendorf eingangs prognostizierte Verlust an sozialem Zusammenhalt sich tatsächlich bereits am Horizont abzeichnet. Obwohl sich die Sozialstaatsausgaben seit Mitte der neunziger Jahre im Gleichschritt mit dem Wirtschaftswachstum entwickeln, gab es seither keine Revision einer Sozialversicherung mehr, die nicht auch zu einem Leistungsabbau führte oder diesen zumindest forderte. Was bei der Invalidenversicherung oder bei der Arbeitslosenversicherung tatsächlich geschah, konnte bisher bei der AHV und der zweiten Säule verhindert werden.

Doch Sozialpolitik wird nicht nur im Bundeshaus gemacht. Die Kantonalisierung und Kommunalisierung der Sozialpolitik schreitet voran. Und auch

hier werden sozialpolitische Entscheide gefällt, welche vor allem einkommensschwache Haushalte treffen. Kanton für Kanton nimmt Kürzungen bei der Prämienverbilligung der Krankenversicherung vor. Gemeinde für Gemeinde thematisiert die angeblich zu grosszügig ausgestattete Sozialhilfe. Mit Blick auf die Revision der Ergänzungsleistungen fordert der Schweizerische Arbeitgeberverband eine Kürzung dieser Gelder für Invalide.

Gesellschaftsvertrag?

Angesichts dieser schleichenden Begrenzung der sozialen Sicherheit für besonders vulnerable Menschen stehen die Hilfswerke in einer besonderen Pflicht. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Verteidigung des Gesellschaftsvertrags in diesem Land. Die aktuelle Sozialpolitik auf Ebene des Bundes, der Kantone und der Gemeinden gefährdet den sozialen Zusammenhalt – und damit einen wesentlichen Faktor des sozialen Friedens. Gefragt ist eine integrierte Sozialpolitik, die aufzeigt, welche Wirkungen Entscheide im ganzen System der sozialen Sicherheit entfalten. So mag eine restriktivere Haltung bei der IV tatsächlich zu einer sinkenden Zahl von Neurenten führen, dafür aber steigt die Zahl der Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen in der Sozialhilfe. So mag es im Rahmen des Finanzausgleichs (NFA) sinnvoll gewesen sein, die Pflege an die Kantone abzutreten, dafür steigen die Ausgaben bei den Ergänzungsleistungen.

Das Ganze im Auge behalten – mehr Mut einfordern

Dieser Form von Sozialpolitik, die von einem angeblichen Finanzierungsproblem zum anderen hüpfet, muss eine Sozialpolitik entgegengestellt werden, die das Ganze im Auge behält. Neben den Parteien und Gewerkschaften sind insbesondere auch die sozialen Hilfswerke gefordert, sich hier sehr viel stärker zu

engagieren. Von ihren Strukturen her, die stets eine Zentrale auf Bundesebene sowie regionale oder kantonale Organisationen umfassen, sind sie geradezu prädestiniert, sich in diesem politischen Feld einzumischen. Doch die Angst, Aufträge und finanzielle Mittel zu verlieren, wenn man sich sozialpolitisch zu Wort melden würde, wird immer wieder zitiert, um das eigene politische Abseitsstehen zu legitimieren.

Dem ist entgegen zu halten, dass Hilfswerke ein doppeltes Mandat haben: Menschen in Not zu helfen und sich dafür einzusetzen, dass weniger Menschen in Not geraten. Das anwaltschaftliche Engagement gehört also ohne Wenn und Aber zum Wesen eines Hilfswerkes. Hier ist eindeutig mehr Mut einzufordern. Dabei muss ja nicht jedes Hilfswerk alleine in den sozialpolitischen Ring steigen. Vielmehr wäre es im höchsten Masse wünschenswert, wenn sich die führenden sozialen Hilfswerke endlich zu einer *Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitik* zusammenfinden würden. Dahrendorf darf mit seiner Vorhersage nicht Recht bekommen. ●

Carlo Knöpfel ist Dozent an der Fachhochschule Nordwestschweiz, seine Arbeitsschwerpunkte sind Armut und integrierte Sozialpolitik.
Bild: Pia Zanetti

carlo.knoepfel@fhnw.ch

